

Die Reichen müssen zahlen!

Die Lehren aus Corona müssen sein:

- **Gesundheits- und Sozialsystem ausbauen statt kürzen**
- **Keine Abwälzung der Wirtschaftskrise auf die breite Masse der Bevölkerung**
- **Millionärssteuer**
- **Echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**



Unfassbar: In Österreich gehört rund 300 Superreichen über ein Drittel des Finanzvermögens, rund 50.000 Personen haben 55 Prozent. Was die Millionäre angehäuft haben, wurde zuvor über Jahrzehnte von Millionen von arbeitenden Menschen erwirtschaftet und wurde ihnen durch niedrige Löhne, Gehälter und Pensionen vorenthalten! Darüber hinaus stammen 80 bis 85 Prozent des Steueraufkommens des Staates von den arbeitenden Menschen.

Rettung? Jetzt werden 50 Milliarden Euro vom Staat, also aus unser aller Steuergelder, in die Unternehmen gepumpt. Zur „Rettung aus der Coronakrise“ wie es heißt. Doch diese „Rettung“ hilft nur die Profite der v.a. großen Unternehmen abzusichern. Wie schon bei der Finanzkrise 2008: damals wurden die Bankschulden als Folge der Spekulationsverluste zur Bankenrettung in Staatsschulden umgewandelt. Das führte zur Abwälzung auf die Bevölkerung, zu steigender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau (z.B. 12-Stunden-Tag).

Schon jetzt, obwohl es noch die Kurzarbeitsregelung gibt, werden täglich Kündigungen ausgesprochen (z.B. bei Swarovski, voesalpine usw.) oder Betriebe verkauft und/oder geschlossen (z.B. ATB-Spielberg, Agrana Leopoldsdorf/NÖ usw.) Damit und mit der „Homeoffice- und Digitalisierungs“-Offensive im Interesse der Unternehmer wird noch mehr Druck auf die arbeitenden Menschen gemacht.

Die großen Konzerne und Banken nutzen jetzt die „Coronakrise“, um sich mit Hilfe des Staates – also mit unser aller Steuergeld – noch mehr zu bereichern. Warum geht das? Weil Staat und Wirtschaft nicht für uns da sind, sondern für die großen Unternehmen und die Vermögenden.

ÖGB und AK fordern ganz und gar berechtigt, dass das Millionärsvermögen in Österreich einen „ganz, ganz großen Beitrag“ leisten müsse, um die Konjunkturprogramme und die Corona-Milliarden zu finanzieren, dass es zu einer **Arbeitszeitverkürzung kommen muss, mit der auch Umwelt entlastet und Klima geschützt werden kann**. Durch die Corona-Ausnahmegesetze dürfe auch kein demokratiepolitischer Schaden zurückbleiben, dürfen Grundrechte auf Versammlung oder Demonstration nicht unter die Räder kommen.

Wann soll das eingefordert werden? In der Zeit nach der Krise, ist vom ÖGB-Präsidenten Katzian zu hören. Doch dann wird es zu spät sein. Jetzt braucht die Unternehmenseite den Staat, die „Held*innen von Corona“, Gewerkschaften und AK als „Sozialpartner“, um ihren Besitzstand zu sichern. Daher: **Jetzt** muss mit den 1,2 Millionen ÖGB- und über 3 Millionen AK-Mitgliedern, gemeinsam mit den im Homeoffice Arbeitenden, den Kurzarbeitenden, den Lehrlingen und

Lehrstellensuchenden, den Arbeitslosen, Student*innen und künftig Arbeit suchenden Menschen, den Schüler*innen, Druck aufgebaut und sichtbar und hörbar demonstriert werden. Gemeinsam mit den Pensionist*innen, die zuerst von Kurz und den Medien zu „schützenswerten Gefährdeten“ erklärt wurden, „wegen“ derer die Ausnahmemaßnahmen notwendig geworden seien, aber jetzt zunehmend zu „Gefährdern“ abgestempelt werden, „wegen“ derer „die Jungen“ ihrer Chancen beraubt würden, weil die Wirtschaft nicht früher hochgefahren werden konnte.

Aktiv handeln, nicht nur verhandeln. Nur dann kann der weiteren Spaltung in der Gesellschaft entgegengetreten werden und können die autoritären Tendenzen in Regierung und die zunehmende Willkür der Unternehmer (siehe Laudamotion, AUA, Kurzarbeitsmissbrauch durch Firmen, Kündigungen „im Namen von Corona“ usw.) zurückgedrängt und unterbunden werden.

Es muss Druck von unten gemacht werden, für Millionärssteuern und massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für volle soziale Absicherung mit genug Einkommen zum Leben auch bei dauerhafter Arbeitslosigkeit, die die Menschen ja nicht verursacht haben.

Keine faulen Kompromisse zwischen Unternehmenseite und AK- und Gewerkschaftsspitzen, um zwar die Profite der Unternehmer, aber nicht die Existenzgrundlagen und eine lebenswerte Zukunft für die arbeitenden Menschen zu sichern.

Es ist genug für alle da, es ist nur ungerecht, also völlig ungleich verteilt!

Die Wirtschaft könnte sofort dem Gemeinwohl dienen, wenn sie nicht dem Profitstreben untergeordnet wird! Nur das dient Mensch und Natur. So ein Klimawandel muss her!

Dafür muss mobilisiert und im Betrieb und auf der Straße gemeinsam und solidarisch eingetreten werden.

- **Wir brauchen keinen „starken Mann“, wir brauchen keinen autoritären Staat!**
- **Wir brauchen Millionärssteuern und echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Wir brauchen einen kräftigen, solidarischen Sozialstaat!**

**Solidarität ist unsere
Stärke,
Widerstand unsere
Chance!**

